



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 21. April 1993
 Décision
 Decisione

Ministerkonferenz "Umwelt für Europa", Luzern, 28.-30. April 1993
 Schweizerische Delegation

Auf Grund des Antrages des EDA und des EDI vom 19. April 1993

Auf Grund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die schweizerische Delegation an der Ministerkonferenz von Luzern vom 28.-30. April 1993 steht unter der Leitung von Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Die Delegation setzt sich wie folgt zusammen:

VERTRETER DER VERWALTUNG:

- Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des BAWI,
Stellvertreter der Delegationsleiterin;
- Staatssekretär Jakob Kellenberger, Direktor der PD,
Stellvertreter der Delegationsleiterin;
- Philippe Roch, Direktor des BUWAL,
Stellvertreter der Delegationsleiterin;
- Eduard Kiener, Direktor des BEW;
- Botschafter Silvio Arioli, Delegierter für Handelsverträge;
- Botschafter Hansrudolf Hoffmann, Stv. Direktor der DIO -
- Hans Popp, Stv. Direktor des BLW -
- Botschafter Bruno Spinner, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD;
- Minister Eric Martin, PD;
- Wilhelm Schmid, BUWAL;
- Hermann Escher, BAWI;
- Arthur Mohr, BUWAL;
- Oliver Guentzel, BAG;
- Stefan Schwager, BUWAL;

VERWALTUNGSFREMDE VERTRETER/INNEN:

- Nationalrätin Francine Jeanprêtre, Präsidentin der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK);
- Regierungsrat Ulrich Fässler, Vorsteher des Militär-, Polizei- und Umweltschutzdepartements des Kantons Luzern;
- Stadtpräsident Franz Kurzmeyer, Luzern;
- Professor Bernard Giovannini, Direktor der Internationalen Umweltakademie, Genf;
- Dieter Bürgi, Geschäftsführer der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz;
- Christoph Juen, Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins;
- Alexander Melzer, Experte (vom BUWAL beauftragt).



2. Die Ausführungen in den Ziffern III, IV und VI des Antrags sowie die Beilage 2 gelten als Richtlinien für die schweizerische Delegation.
3. Das Taggeld und die Reisekosten der Delegationsmitglieder gehen für die Delegierten der Bundesverwaltung zu Lasten der Rubrik "Spesenentschädigungen" der jeweiligen Aemter. Für die nicht der Bundesverwaltung angehörenden Delegierten werden sie der Rubrik 103-3160.002, "Vom Bundesrat bestellte Abordnungen", belastet.
4. Die Delegationsleiterin und ihre Stellvertreter sind ermächtigt, der Ministererklärung von Luzern zuzustimmen.

Für getreuen Protokollauszug:

Muscat Mülle

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
X		EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	3	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT DES
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN INNERN

Bern, den 19. April 1993

An den Bundesrat

**Ministerkonferenz "Umwelt für Europa", Luzern, 28.-30. April 1993
Bestellung der schweizerischen Delegation**

I. Gastland Schweiz

Am 18. November 1992 stimmte der Bundesrat der Durchführung der zweiten Ministerkonferenz "Umwelt für Europa" vom 28.-30. April 1993 in Luzern zu, legte die nötigen Budgetmittel fest, gewährte den Konferenzdelegationen die üblichen Vorrechte und Immunitäten und setzte ein Exekutivsekretariat ein.

II. Konferenz- und Rahmenprogramm (s. Beilage 1)

Die Konferenz im Kongresszentrum von Luzern dauert vom Mittwoch 28. April um 13.00 Uhr bis Freitag 30. April um 13.00 Uhr.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Präsentation der Ergebnisse des Vorbereitungsprozesses
2. Umwelt-Aktionsprogramm für Zentral- und Osteuropa/Naturschutz
3. Umweltprogramm für Gesamteuropa
 - 3.1. Umweltzustandsbericht für Europa/Umweltinformation
 - 3.2. Innovative Instrumente der Umweltpolitik
 - 3.3. Erfolgskontrolle in der Umweltpolitik
4. Beschlussfassung über den Follow-up.

Unter dem schweizerischen Gesamtpräsidium werden diese Themen in aufeinanderfolgenden Sessionen unter wechselndem Vorsitz und mit verschiedenen Hauptrednern abgehandelt. Eine Generaldebatte ist nicht vorgesehen.

Sowohl Stadt und Kanton Luzern wie lokale, nationale und internationale Wirtschaftskreise und Umweltverbände planen ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Anlässen vor und während der Konferenz.

Von schweizerischer Regierungsseite ist folgendes vorgesehen: ein Empfang für die Delegationen durch die Luzerner Behörden; ein Abendessen für die Delegationsleiter, gegeben von der Vorsteherin des EDI, und ein Abendessen für die Delegationen, gegeben vom Bundesrat. Die Mittel für die beiden letztgenannten Anlässe sind im Budget (BRB vom 18.11.1992) vorgesehen.

III. Bedeutung der Konferenz

Die Bedeutung der Konferenz beruht auf den zu erwartenden Ergebnissen, auf ihrem Teilnehmerkreis und auf den von ihr ausgehenden pan-europäischen politischen Impulsen.

- Ergebnisse gemäss Entwurf der Ministererklärung (Beilage 2):

Hauptergebnis wird die Verabschiedung des **Umwelt-Aktionsprogrammes für Zentral- und Osteuropa** als strategische Grundlage sowohl für die auf klare Prioritäten ausgerichtete nationale Umweltpolitik in Mittel- und Osteuropa als auch als Grundlage für die umweltgerechte Gestaltung der Zusammenarbeit der OECD-Staaten mit Mittel- und Osteuropa sein. Die Konferenz wird Massnahmen zur Durchführung des Aktionsprogrammes zu beschliessen haben.

Von der Konferenz werden Schritte zur Abstimmung von **marktwirtschaftlichen Instrumenten** der Umweltpolitik, insbesondere in den Bereichen Luftverschmutzung und Energie, erwartet, ferner Beschlüsse zur Intensivierung der Zusammenarbeit zur Entwicklung von innovativen **Finanzierungsmechanismen** im Zusammenhang, beispielsweise, mit dem CO₂-Stabilisierungsziel, dem neuen Schwefelprotokoll oder dem Aktionsprogramm. Ein Hauptaugenmerk wird die Konferenz schliesslich auf die Stärkung von Instrumenten der **Erfolgskontrolle** in Umweltkonventionen und in der nationalen Umweltpolitik richten.

Die Konferenz sollte auch die flexible und pragmatische **Weiterführung des Prozesses** "Umwelt für Europa" beschliessen, in der Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit zur Erreichung von vergleichbarer Umweltqualität und zur Durchführung abgestimmter Umweltpolitiken auch einen politisch bedeutsamen Beitrag zur **Integration** und zur Erhaltung der **Stabilität** in Gesamteuropa leistet. Die Konferenz und der Prozess stellen schliesslich auch eine **Umsetzung und Konkretisierung** der Beschlüsse der **UNCED** von Rio de Janeiro auf regionaler Ebene dar.

- Teilnehmerkreis:

Ausgehend von den Erfahrungen des seit Oktober 1991 laufenden Vorbereitungsprozesses erwarten wir die Teilnahme der 45 Mitgliedsstaaten der ECE/UNO (wozu auch die USA und Kanada zählen), der EG-Kommission und Japans. Den nationalen Delegationen unter der Leitung der Umweltminister werden auch Vertreter der Wirtschafts- und Finanzministerien, der Parlamente und der nicht-staatlichen Sektoren angehören. Ferner können wir ein Dutzend internationale Organisationen und Finanzierungsinstitute, sieben leitende Organe und Sekretariate von Umweltkonventionen, sechs internationale Verbände der informellen Sektoren (Umwelt und Entwicklung; Handel, Industrie und Landwirtschaft; Gewerkschaften, Wissenschaft, Konsumenten, Kirchen) sowie Beobachterdelegationen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlamentes erwarten.

IV. Finanzielle Auswirkungen

1. Die Schweiz unterstützt die Durchführung des **Umwelt-Aktionsprogrammes für Zentral- und Osteuropa** mit folgenden Massnahmen:
 - Es wird geprüft, für die Durchführung von Projekten des in Luzern im Zusammenhang mit dem Umwelt-Aktionsprogramm vorliegenden Projektportfolios aus dem **bestehenden Osteuropakredit** (BB vom 28. Januar 1992) im Rahmen bereits laufender oder geplanter Programme der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den ost- und mitteleuropäischen Staaten für die Dauer von drei Jahren den Betrag von etwa Fr. 30 Millionen vorzusehen.
 - Die Schweiz wird auch bei der bevorstehenden Ausarbeitung der schweizerischen Hilfsprogramme für die **GUS-Staaten** (Finanzhilfe und technische Zusammenarbeit) die Grundsätze des Umwelt-Aktionsprogramms berücksichtigen. Ferner wird zu gegebener Zeit geprüft, für die eventuelle Durchführung in den GUS-Staaten von Projekten im Projektportfolio für die Dauer von drei Jahren einen angemessenen Betrag vorzusehen, sofern, was die Finanzhilfe betrifft, (a) ein Finanzhilfeprogramm mit den begünstigten Ländern ausgehandelt und vereinbart worden ist und (b) die entsprechenden Projekte innerhalb eines solchen Finanzhilfeprogramms und gemäss dessen vereinbarten Modalitäten abgewickelt werden könnten. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Ausführungen sind vorläufig und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.
 - Die Mitwirkung der Schweiz mit einem angemessenen Beitrag an einer zentralen koordinierenden **Projektentwicklungsfazilität** wird geprüft. Die EG-Kommission wird für eine dreijährige Pilotphase 10 Millionen ECU dafür aufbringen. Voraussetzung für einen schweizerischen Beitrag wäre selbstverständlich einerseits die Sicherstellung der Mitsprache bei den zu finanzierenden Vorhaben und die Beteiligung bei den Ausschreibungen sowie andererseits die Vermeidung von Doppelspurigkeiten mit den schon bestehenden Instrumenten der Weltbank oder der EBRD.
2. Zu den umweltpolitischen Instrumenten deren Stärkung als Teil eines längerfristig zu entwickelnden **Umweltprogrammes für Gesamteropa** angestrebt wird, gehören beispielsweise die Förderung der **institutionellen Kapazitäten** in Zentral- und Osteuropa, die Durchführung von **Umweltkonventionen**, der Einbezug von Zentral- und Osteuropa in das **OECD-System der Umweltprüfungen** oder die Mitwirkung dieser Staaten in der **Europäischen Umweltagentur** der EG, aber auch die finanzielle Unterstützung einer regelmässigen **Teilnahme** von Experten an internationalen und besonders regionalen Tagungen und Konferenzen. Zur Erfüllung des letztgenannten Anliegens ist die Entwicklung eines Projektes im Gespräch, mit dessen Durchführung ein renommiertes Reisebüro betraut würde. Für die Förderung dieser Bestrebungen im Rahmen von laufenden und geplanten Programmen wird für die nächsten drei Jahre die Bereitstellung einer Summe in der Grössenordnung von etwa Fr. 5 Millionen aus Osteuropakrediten geprüft.

3. Das BUWAL wird die für die schweizerische Unterstützung des eigentlichen **Folgeprozesses von Luzern** nötigen Mittel (siehe Ziffer VI), wie in der Finanzplanung vorgesehen, mit dem Budget 1994 beantragen.

V. Schweizerische Delegation

In der schweizerischen Delegation unter der Leitung der Vorsteherin des EDI werden folgende Aemter vertreten sein: EDI/BUWAL und BAG, EDA/PD und DIO, Integrationsbüro EDA/EVD, EVD/BAWI und BLW, EVED/BEW. Ferner wird, ohne Kostenfolgen für den Bund, je ein Vertreter der Luzerner Kantons- und Stadtbehörden in die Delegation aufgenommen. Schliesslich werden ihr eine Vertreterin der Eidgenössischen Räte und, als Beobachter, je ein Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Umweltverbände angehören.

Eine umfangreiche Delegation rechtfertigt sich aus der Rolle der Schweiz als Gastland und aus der umfassenden Thematik der Konferenz. So hat sich die Schweiz im Vorbereitungsprozess mit Erfolg dafür verwendet, dass auch die Wirtschafts-, Finanz- und Planungsministerien einbezogen wurden. Dies bedeutet für die Schweiz die Mitwirkung der für die Osthilfe zuständigen Stellen, des BAWI und der Politischen Direktion, aber auch des BLW und des BEW und, angesichts der Schwerpunktsetzung des Aktionsprogrammes im Gesundheitsbereich, des BAG, während DIO und Integrationsbüro Fragen der internationalen Zusammenarbeit generell und der Integrationspolitik abdecken.

Eine Oeffnung der Delegation über die Verwaltung hinaus drängt sich aus folgenden Ueberlegungen auf: Sie erwies sich im Zusammenhang mit der UNCED von Rio de Janeiro als fruchtbar. Im Vorbereitungsprozess für Luzern spielten die Vertreter der nicht-staatlichen Sektoren eine aktive Rolle. Ihr Beitrag wird in der Weiterentwicklung des Prozesses "Umwelt für Europa" unverzichtbar sein. Ein solcher Schritt der Oeffnung der Delegation wäre schliesslich beispielgebend für die Länder Mittel- und Osteuropas, in denen der Einbezug einer informierten Oeffentlichkeit in die Entscheidungsvorbereitung besonders gefördert werden muss.

VI. Richtlinien für die schweizerische Delegation

Die schweizerische Delegation wird sich für die Elemente im Entwurf der Ministererklärung (Beilage 2) einsetzen.

Insbesondere wird die schweizerische Delegation die Verabschiedung des **Umwelt-Aktionsprogrammes und dessen Durchführung** unterstützen. Implementierungshilfen, für die sich die Schweiz im Gesamtrahmen der bereits laufenden und der geplanten Zusammenarbeit auf der Grundlage der Osteuropakredite einsetzen wird, sind die Durchführung von Musterprojekten im Aktionsprogramm selber und von in einem getrennten Portfolio gesammelten Projekten, die dem Aktionsprogramm entsprechen. Ferner wird sich die Schweiz namentlich für die Schaffung einer gemeinsamen Projektentwicklungsfazität (und die Zusicherung einer angemessenen Mitentscheidung), für eine adäquate Stärkung der G.24-Koordinationsrolle in den Ländern Ost- und Mitteleuropas, für die Evaluierung der Durchführung der Ost-

West-Zusammenarbeit im allgemeinen und des Aktionsprogrammes im besonderen sowie für die Anpassung des letzteren an sich ändernde Gegebenheiten verwenden.

Die schweizerische Delegation wird die Stärkung der in Ziffer III erwähnten **Instrumente der Zusammenarbeit** befürworten und ihre Unterstützung gemäss den Ausführungen in der Ziffer IV in Aussicht stellen.

Die schweizerische Delegation wird die **Weiterführung des Prozesses** mit einer neuen Ministerkonferenz und mit einem koordinierenden und die Oberaufsicht führenden zwischenstaatlichen Gremium gemäss Vorschlag im Entwurf zur Ministererklärung (**Beilage 2**, Kapitel VII) unterstützen. Bulgarien hat sich als nächstes Gastland angeboten, unter der Bedingung allerdings, dass andere Staaten finanzielle Unterstützung leisten. Einige Staaten (Niederlande, Dänemark, USA) haben informell ihre Bereitschaft dazu signalisiert, und wir halten es für angemessen, dass auch die Schweiz einen Beitrag in Aussicht stellt. Das EDI wird dafür im Budgetantrag 1994 unter der Rubrik 0310-3600.501 im Rahmen der vorgegebenen Finanzplanung die Summe von Fr. 400'000 vorsehen.

Die schweizerische Delegation wird insbesondere die im Vorbereitungsprozess zum Ausdruck gekommene Absicht energisch mittragen, die **Ministererklärung von Luzern (Beilage 2)**, die eine politische Absichtserklärung darstellt und nicht völkerrechtlich verbindlich ist, auf politisch bedeutsame Aussagen und auf konkrete Handlungselemente zu beschränken.

VI. Aemterkonsultation

Im Vorverfahren wurden die Bundeskanzlei, das Integrationsbüro EDA/EVD, das Bundesamt für Justiz, die Eidgenössische Finanzverwaltung, das Bundesamt für Aussenwirtschaft, das Bundesamt für Landwirtschaft und das Bundesamt für Energiewirtschaft konsultiert. Die eingegangenen Bemerkungen wurden, so weit wie möglich, berücksichtigt.

VII. Antrag

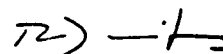
Auf Grund der obenstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

Eidg. Departement für
auswärtige Angelegenheiten



Flavio Cotti

Eidg. Departement des
Innern



Ruth Dreifuss

Beilagen: - Entwurf des Beschlussdispositivs
- zwei Beilagen zum Antrag: (1) Programm/Agenda;
(2) Entwurf Ministererklärung;

Zum Mitbericht an: BK, EJPD, EFD, EVD, EVED

Protokollauszug an: BK, EDA, EDI, EJPD, EFD, EVD, EVED

Ministerkonferenz "Umwelt für Europa, Luzern, 28.-30. April 1993
Schweizerische Delegation

Auf Grund des Antrages des EDA und des EDI vom 19. April 1993

Auf Grund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die schweizerische Delegation an der Ministerkonferenz von Luzern vom 28.-30. April 1993 steht unter der Leitung von Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Die Delegation setzt sich wie folgt zusammen:

VERTRETER DER VERWALTUNG:

- Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des BAWI,
Stellvertreter der Delegationsleiterin;
- Staatssekretär Jakob Kellenberger, Direktor der PD,
Stellvertreter der Delegationsleiterin;
- Philippe Roch, Direktor des BUWAL,
Stellvertreter der Delegationsleiterin;
- Eduard Kiener, Direktor des BEW;
- Botschafter Silvio Arioli, Delegierter für Handelsverträge;
- Botschafter Hansrudolf Hoffmann, Stv. Direktor des DIO -
- Hans Popp, Stv. Direktor des BLW -
- Botschafter Bruno Spinner, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD;
- Minister Eric Martin, PD;
- Wilhelm Schmid, BUWAL;
- Hermann Escher, BAWI;
- Arthur Mohr, BUWAL;
- Oliver Guentzel, BAG;
- Stefan Schwager, BUWAL;

VERWALTUNGSFREMDE VERTRETER/INNEN:

- Nationalrätin Francine Jeanprêtre, Präsidentin der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK);
- Regierungsrat Ulrich Fässler, Vorsteher des Militär-, Polizei- und Umweltschutzdepartements des Kantons Luzern;
- Stadtpräsident Franz Kurzmeyer, Luzern;
- Professor Bernard Giovannini, Direktor der Internationalen Umakademie, Genf;
- Dieter Bürgi, Geschäftsführer der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz;
- Christoph Juen, Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins;
- Alexander Melzer, Experte (vom BUWAL beauftragt).

2. Die Ausführungen in den Ziffern III, IV und VI des Antrags sowie die Beilage 2 gelten als Richtlinien für die schweizerische Delegation.
3. Das Taggeld und die Reisekosten der Delegationsmitglieder gehen für die Delegierten der Bundesverwaltung zu Lasten der Rubrik "Spesenentschädigungen" der jeweiligen Aemter. Für die nicht der Bundesverwaltung angehörenden Delegierten werden sie der Rubrik 103-3160.002, "Vom Bundesrat bestellte Abordnungen", belastet.
4. Die Delegationsleiterin und ihre Stellvertreter sind ermächtigt, der Ministererklärung von Luzern zuzustimmen.

Für getreuen Protokollauszug:

U M W E L T F Ü R E U R O P A
 E N V I R O N M E N T F O R E U R O P E
 U N E N V I R O N N E M E N T P O U R L ' E U R O P E
 U N A M B I E N T E P E R L ' E U R O P A
 О К Р У Ж А Ю Щ А Я С Р Е Д А Д Л Я Е В Р О П Ы
 L U Z E R N , 2 8 . - 3 0 . A P R I L 1 9 9 3



**Second Ministerial Conference "Environment for Europe"
 Luzern, April 28th to 30th, 1993**

Provisional Programme

Wednesday 28th April 1993

- 13.00 h Opening of the Conference
 13.30 h Presentation of the Results of the Preparatory Process
 14.00 h - 18.00 h First Session
 18.00 h Reception for the Delegations
 hosted by the authorities of the
 City and the Canton of Luzern
 20.00 h Dinner for the Heads of Delegations
 hosted by Federal Councillor Ruth Dreifuss

Thursday 29th April 1993

- 9.00 h - 13.00 h Second Session
 15.00 h - 19.00 h Third Session
 20.00 h Dinner for the Delegations
 offered by the Swiss Federal Council
 hosted by Federal Councillor Ruth Dreifuss

Friday 30th April 1993

- 9.00 h - 12.00 h Fourth Session
 12.00 h - 13.00 h Conclusion of the Conference
 14.00 h Press Conference

Provisional Agenda

1. Presentation of the Results of the Preparatory Process
2. Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe
 Biodiversity Conservation
3. Evolving Environmental Programme for Europe
 - 3.1. The State of the Environment Report for Europe
 Environmental Information
 - 3.2. Innovative Instruments of Environmental Policy
 - 3.3. Monitoring, Compliance and Enforcement in Environmental
 Policy
4. Adoption of Decisions

U MW E L T F Ü R E U R O P A
 E N V I R O N M E N T F O R E U R O P E
 U N E N V I R O N N E M E N T P O U R L ' E U R O P E
 U N A M B I E N T E P E R L ' E U R O P A
 О К Р У Ж А Ю Щ А Я С Р Е Д А Д Л Я Е В Р O П Ы
 LUZERN, 28. -30. APRIL 1993



3003 Bern, April 13th, 1993

Federal Office for the Environment,
 Forests and Landscape
 8.51.2.GEN- SDW

TO THE MEMBERS OF THE GROUP OF EXPERTS FOR THE LUZERN CONFERENCE

Dear Colleagues,

Please find attached the second draft of the Ministerial Declaration. Permit me to make the following points:

1. The Declaration is obviously not a legally binding document. It is political. It broadcasts intentions. You agreed that it should be clear, precise, accessible to the general reader. You agreed that it should not be declamatory, it should not try to be comprehensive. The riding of all manner of special hobby horses was to be avoided, as was the listing of conferences and events, past and to come. For the latter, the WHO has shown the way by providing a one-page information on the June 1994 Helsinki Environment and Health conference.
2. I tried as objectively as possible to integrate the oral and written comments that I had received, using, however, my own judgement in cases of contradictions and redundancies. Regarding the follow-up arrangements, I gave alternatives; they are not so wide apart.
3. You will find quite often the formula "(The Ministers and the Commissioner) call for (something or other) The (international body X) will". It stems from the Dobris conclusions. The understanding is, of course, that the international body in questions agrees beforehand to do what is asked of it - as indeed the representative of the UN/ECE secretariat already did at our last meeting, you will recall, regarding his organisation.
4. Please note the reservation of the European Communities regarding sections 24 (EEA), 27 (joint implementation, burden sharing), 28 (CO2) and 29 (EEF).
5. Everybody wants a short declaration. But, apart from a few cuts and substitutions, what I received were proposals for additions. Please help!
6. Finally, I am fully aware that the draft Declaration would infinitely benefit from being gone over by a fluent native English speaker. Please help there, as well!

With my best wishes and kindest regards,

Wilhelm Schmid

Wilhelm Schmid

UMWELT FÜR EUROPA
 ENVIRONMENT FOR EUROPE
 UN ENVIRONNEMENT POUR L'EUROPE
 UN AMBIENTE PER L'EUROPA
 ОКРУЖАЮЩАЯ СРЕДА ДЛЯ ЕВРОПЫ
 LUZERN, 28.-30. APRIL 1993



SECOND DRAFT 11/4/1993

DECLARATION

by the Ministers of the Environment of the region of the United Nations Economic Commission for Europe (U N / E C E) and the Member of the Commission of the European Communities

I. THE POLITICAL DIMENSION OF THE PROCESS "ENVIRONMENT FOR EUROPE"

1. We are determined to intensify our cooperation in the field of environmental protection in Europe, to assume our responsibility on the global level and to offer our partnership to the other regions of the world. We will work together more closely to preserve and restore the natural environment of our peoples. We will ensure that actions within one country do not have adverse effects in others. We will endeavour to mitigate above all those environmental problems which affect human health. We wish to prevent irreversible depletion of our common natural heritage. We wish to preserve biologically and culturally valuable landscapes. We wish to save threatened species and to rehabilitate degraded areas and ecosystems.
2. This we can only achieve in an atmosphere of peace and political stability and on the basis of an economic development which is sustainable and integrates the social and ecological concerns.
3. Our cooperation towards convergence of environmental quality and policies in Europe, while essential in itself, also represents a strong integrating force and provides one of the corner stones for the construction of the new Europe. In pursuing this cooperation within the framework of the process "Environment for Europe" in a concrete manner, we are acting in the spirit of the decisions and recommendations of the CSCE and the UNCED processes, we supplement and enhance the cooperative efforts carried out within existing international fora, and we involve in this cooperation all levels of government and the informal sectors.

II. PREPARATIONS FOR THE LUZERN CONFERENCE

4. At our first Ministerial Conference "Environment for Europe" at Dobris Castle in June 1991, building upon the 1990 conferences of Bergen and Dublin, we called for an Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe, a Report on the State of the Environment in Europe and a longer-term Environmental Programme for Europe.
5. This mandate was taken up in a comprehensive and coordinated preparatory process by governments, international organisations,

financial institutions and informal sectors. Results of the work undertaken so far are at Annex 1.

On the basis of the results of this work in progress, we take the following steps:

III. ENVIRONMENTAL ACTION PROGRAMME FOR CENTRAL AND EASTERN EUROPE

6. We adopt the Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe (EAP) as a first phase of a broad strategy for action by national and regional governments, East and West, and by international institutions and private investors active in the region.
7. The EAP represents a consensus on the broad approach to addressing priority problems. It recommends a mix of policy reform, institutional strengthening, including education and training, and investment guidelines targeting limited resources towards the highest priority problems and areas. The EAP also offers illustrative investment projects for each priority area.
8. The process of economic transformation in Central and Eastern Europe (CEE), the efforts of these countries and support provided by Western governments and international financial institutions should have a positive impact on the environment and on the institutional capacity of Central and Eastern European governments. There are, however, still areas where pollution affects human health; where ecosystems suffer irreversible damage; where the economic costs of environmental damage are very high.
9. The EAP offers concrete proposals to address these pressing problems in a cost-effective manner. It draws on the experience gained, reinforces or reorients ongoing programmes and improves their coordination. It provides the basis to strengthen the integration of environmental concerns into the economic restructuring process.
10. Our governments and the Commission of the European Communities (EC) firmly support the implementation of the EAP in a spirit of partnership, and also encourage decentralized cooperation between local authorities and municipalities to that effect. Countries of Central and Eastern Europe will have to provide resources for investments and undertake essential policy and institutional reform, while western governments, the EC Commission and international institutions continue and increase their assistance to support both the reforms and the implementation of specific priority projects.
11. We call on the informal sectors to take an active part in the implementation of the EAP.
12. We firmly endorse the establishment of an effective implementation and review process by taking the following measures identified in the EAP:
13. A Project Preparation Facility will be established to assist

in the coordinated implementation of the EAP. Interested governments, East and West, the EC Commission and international organisations and financial institutions will cooperate in developing such a mechanism on the basis of the proposal from the preparatory process.

14. Existing information systems on resource flows will be streamlined in order to make available a single interactive data base covering all the countries in transition covered by the EAP. The EC Commission, the UN/ECE, the OECD, the World Bank and UNEP will make proposals by the end of the year on how to arrive at such a single database.
15. Mechanisms for the coordination of the assistance to countries in transition covered by the EAP as well as the delivery mechanisms for donor-coordinated assistance will be strengthened on the basis of the report on " / ASSESSMENT / " and other proposals from the preparatory process.
16. All the partners concerned will review the implementation of the EAP, as appropriate, inter alia through the mechanism of environmental performance reviews, and the EAP will be maintained as an evolving document to be reviewed in the light of experiences gained, and adapted to country specific circumstances.
17. In the light of continuing damage to forests, soils, watercourses, ecosystems and man-made structures caused by transboundary pollution, we call for projects under the EAP combining solutions to local as well as transboundary problems, and for an early conclusion of the negotiation of the second protocol on the reduction of sulphur emissions to the Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution.
18. In the light of continuing threats from unsafe nuclear installations, almost to the day seven years after the Tchernobyl accident, we strongly support the G.7 multilateral programme of action on operational safety, technical improvements to plants based on safety assessment, and enhancing regulatory regimes, accompanied, at a time when energy demand in Central and Eastern Europe has been significantly reduced, by the development of alternative sources and more efficient use of energy,

IV. BIODIVERSITY CONSERVATION

19. We endorse the report by the Council of Europe on "Nature Conservation in Europe. An Overall Strategy on a Continental Scale".
20. The Council of Europe, in cooperation with the IUCN, the EC Commission and interested governments and organisations, will pursue the following European activities: inventories of protected zones and of zones that need to be protected; development of model legislation to ensure the conservation and sustainable management of natural and landscape resources; pilot projects, including education and training, to promote sustainable tourism; preparation of the European Year of Nature Conservation in 1995.

/Several governments and the EC Commission/ have indicated that they are prepared to make available additional resources in the form of funds and experts to carry out these activities.

21. We call, within the context of the EAP, for more detailed analysis and proposals for the sustainable use and conservation of biological and landscape diversity, especially in the form of site based model projects and institutional strengthening.

V. REPORT ON THE STATE OF THE ENVIRONMENT IN EUROPE

22. We endorse the progress report on the preparation of the European State of the Environment Report. We will consider this Report, which will become available to governments at the end of 1993 and will serve as the basis for the further development of the Environmental Programme for Europe (EPE), in full at our next Ministerial Conference.

VI. ENVIRONMENTAL PROGRAMME FOR EUROPE

23. We endorse the report by the Senior Advisers to ECE Governments on Environmental and Water Problems (SAEWP) on "Elements for a Long-Term Environmental Programme for Europe (EPE)".

24. We will cooperate, as appropriate, in developing the European Environment Agency, as soon as possible after it has formally been established by the European Communities, into an instrument to help gather, analyse and interpret environmental data in a harmonized manner across Europe.

25. We call for more intensive efforts towards the development and implementation of innovative environmental policy instruments, especially concerning the environmental effects of energy and of air pollution.

In particular:

26. We call for a review of conditions and obstacles preventing a wider implementation of economic and fiscal instruments in Europe and for recommendations on how to implement these instruments. The OECD in cooperation with the UN/ECE will take the lead in carrying out this task.

27. We call for an expanded examination of the implications of applying the concepts of joint implementation and of burden sharing in the context of the Geneva Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution and its protocols as well as of other European regional and global environmental conventions. The UN/ECE in cooperation with the OECD and UNEP will take the lead in carrying out this task.

28. A proposal for a pan-European CO₂/energy tax is to be elaborated, based on the proposal of the EC Commission and

with partial earmarking for a limited period of time of revenues of such a tax for the funding of the EAP and the implementation of the second protocol on the reduction of sulphur emissions. The OECD in cooperation with the UN/ECE will prepare the ground for such a proposal by examining the implications of the different options.

29. A proposal for a European Environmental Facility to provide incremental cost financing in connection with the EAP as well as with sulphur emissions and other forms of transboundary air and water pollution is to be elaborated. The EBRD will examine the feasibility of such an instrument.

30. We call for intensified cooperative efforts to strengthen tools and mechanisms of monitoring, compliance and enforcement of environmental policy.

In particular:

31. The OECD Country Environmental Performance Review Programme will be extended to Central and Eastern Europe. The OECD, in cooperation with the UN/ECE, will conduct, if possible in 1994/95, additional pilot reviews of Bulgaria and Belarus. /Several governments and the EC Commission/ have indicated that they are prepared to make available additional resources needed to conduct these two reviews.

32. We reaffirm the principle of the public's right to know environmental information and of government and industry disclosure of such information through mechanisms such as inventory reports and local emergency planning. We call for national legal, regulatory and administrative mechanisms to encourage public participation in environmental decision making. We call for low-cost measures to promote public participation and to provide, in cooperation with the informal sectors, training and education to increase the ability of the public to understand the relevance of environmental information. The UN/ECE will take the lead in elaborating proposals for action in this field.

33. We endorse the development of an integrated approach to pollution prevention and control. The UN/ECE will take forward the work already undertaken by the OECD.

34. We call for rapid completion of negotiations of the Charter Treaty of the European Energy Charter and the related protocols on energy efficiency and environmental aspects of energy systems, and their subsequent ratification by the Parties to the Charter. Will will cooperate to achieve the aims of the Charter, in order to insure efficient and better functioning of European and global energy markets that will improve the security of energy supply, enhance safety and minimize environmental problems.

35. The UN/ECE will widen the scope of its Energy Efficiency 2000 campaign by stressing the role of energy efficiency measures and renewable energy sources for the reduction of emissions of greenhouse gases and acidifying substances, and by identifying opportunities for developing energy efficiency

standards and labels for consumer goods and appliances.

36. We endorse the report on "International Legal Instruments", which calls for improvement of the implementation of international legal instruments in the field of the environment and for more effective monitoring and compliance mechanisms.

37. We call for the elaboration, where appropriate, of non-compliance regimes for environmental conventions in the UN/ECE region, which fulfill the following criteria: they should aim to avoid complexity, be non-confrontational and transparent, leave the competence for the taking of decisions to be determined by the Contracting Parties, leave the Contracting Parties of each convention to consider what technical and financial assistance may be required, within the context of the specific agreement, and they should include a transparent and revealing reporting system and procedures, as agreed to by the Contracting Parties.

We will cooperate with each other, as appropriate, within the governing bodies of environmental conventions to obtain from the respective Contracting Parties the above decisions.

38. We call for steps to improve the knowledge of the objectives and obligations of environmental conventions in the UN/ECE region. We call for steps to assist governments in building the necessary administrative and legal structures, including enforcement and implementation mechanisms, inter alia by initiating or pursuing the elaboration of guidelines, assisting where requested with the drafting of legislation, and by providing for the exchange of legal and technical experts. We call for steps to facilitate regular participation in meetings by representatives of countries in transition. We call for steps to supply all relevant information with regard to implementation without necessarily being required to do so.

We will cooperate with each other, where appropriate, within the governing bodies of environmental conventions to obtain from the respective Contracting Parties the above decisions. /Several governments and the EC Commission/ have indicated that they intend to provide additional resources needed to carry out some of the additional tasks listed above, provided that the appropriate Convention bodies will specify these requirements by the end of the year.

VII. THE PROCESS "ENVIRONMENT FOR EUROPE"

ALTERNATIVE A

39. The Government of Bulgaria has offered to convene our next Ministerial Conference in late 1994 or the first half of 1995, depending on the expected agenda. We gratefully accept that offer. /Several governments and the EC Commission/ have indicated that they will support the Government of Bulgaria.

At that conference, we will review the Environmental Action

Programme, and we will take further steps to develop the Environmental Programme for Europe, both by pursuing in a more detailed fashion the elements identified in Chapter VI above, and by intensifying our cooperation in other areas, such as biodiversity conservation, transport and the environment, transboundary air and water pollution, or human settlements.

40. The Government of Bulgaria will, within four months of the Luzern Conference, convene a meeting of experts from UN/ECE member governments to serve as the coordinating body for the further development of the process "Environment for Europe". International organisations and financial institutions and international informal sector organisations active in the UN/ECE region will be invited to continue their participation in the process. Subject to the availability of resources, the UN/ECE will provide secretariat support and a centrally located venue for future meetings.

The Group of Experts will oversee the follow-up to the Luzern Conference and the preparations of our next Ministerial Conference. It will streamline the activities in connection with the Environmental Action Programme, the Environmental Programme for Europe, biodiversity conservation and the European State of the Environment Report; it will provide a forum in which the various international bodies can develop, in cooperation with participating governments, programmes and activities in a coordinated and directed manner; it will provide a forum for engaging the informal sectors.

41. The Group of Experts will be assisted by a Steering Group composed of the bureau of the Senior Advisors to ECE Governments on Environmental and Water Problems (SAEWP), of the host country and other interested governments, and of the secretariats of the international institutions which participate directly in developing the elements of the process "Environment for Europe".

ALTERNATIVE B

39. idem

40. The Senior Advisors of ECE Governments on Environmental and Water Problems (SAEWP) will establish a Task Force of senior officials with Bulgaria as lead country. International organisations and financial institutions and the international informal sector organisations active in the UN/ECE region will be invited to participate.

The Task Force will serve as the central coordinating body for the further development of the process "Environment for Europe". It will oversee the follow-up to the Luzern Conference and the preparations of our next Ministerial Conference. In particular, it will streamline the activities in connection with the Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe (EAP), the Environmental Programme for Europe (EPE), biodiversity conservation and the European State of the Environment Report; it will provide a forum in which the various international bodies can

develop, in cooperation with participating governments, programmes and activities in a coordinated and directed manner; it will provide a forum for engaging the informal sectors.

41. delete

ALTERNATIVE C

39. idem

40. The Senior Advisors of ECE Governments on Environmental and Water Problems (SAEWP) will establish a Task Force of senior officials with Bulgaria as lead country. International organisations and financial institutions and the international informal sector organisations active in the UN/ECE region will be invited to participate. The Task Force will serve as the central coordinating body for the further development of the process "Environment for Europe". It will oversee the follow-up to the Luzern Conference and the preparations of our next Ministerial Conference.

The Senior Advisors to ECE Governments on Environmental and Water Problems (SAEWP) will pursue the further development of the Environmental Programme for Europe on the basis of the State of the Environment Report for Europe.

A Task Force chaired by the EC Commission, with the World Bank and the OECD as secretariat and with the participation of interested governments and other international organisations and financial institutions, will pursue the implementation, review and adaptation processes of the Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe.

The Council of Europe will pursue the implementation, review and adaptation processes in the field of Biodiversity Conservation.

41. delete